

Der Zusammenbruch von Globalisierung und EU-Zwangsgemeinschaft muß verhindert werden

Die EU sinnt über einen Maßnahmenkatalog, um künftige Finanzkrisen zu verhindern.

Von Hermann Patzak

Die EU-Minister wollen einen Katalog von Maßnahmen beschließen, die internationale Finanzkrisen künftig verhindern sollen.¹

Die geltenden Finanzmarkt- und Bewertungs-Regeln wirken prozyklisch, d.h. sie verstärken sowohl den Konjunkturaufschwung als auch den Konjunkturabschwung. Wenn man sich schon nicht darüber einigen kann, die Ursachen der Krise – Renditewahn und Spekulation – zu beseitigen, so will man dennoch Erfolge vorweisen.

Also will man die prozyklische Wirkung der Finanz- und Bewertungsgesetze beseitigen. Dabei sind die geltenden Regeln ganz neu. Sie wurden von den „Experten“ nach jahrelanger Vorbereitung erst im Jahr 2007 unter dem Namen „Basel II Regelwerk“ allen EU-Volkswirtschaften, auch der Deutschen, übergestülpt. Jetzt sollen antizyklische Maßnahmen eingearbeitet werden, weil das neue Regelwerk nichts taugt! Es hat die Krise noch verstärkt, weil es die Unternehmen dazu zwang, die Vermögenswerte in den Bilanzen nach dem Marktwert zu bewerten. Und der war eben durch die Krise insbesondere bei den Finanzwerten zum Teil ins Bodenlose gesunken.

Jetzt soll die EZB einen Europäischen Rat für Systemkrisen mit dem Namen „European Systemic Risk Council“ (ESRC) erhalten. Der soll die Eigenkapitalvorschriften (in Basel II geregelt) antizyklisch modifizieren.

Wie soll das funktionieren?

In sogenannten „guten Jahren“ sollen die Banken eine Eigenkapitalquote anlegen, die größer ist als die bisherigen Eigenkapital - Mindestquoten. In „schlechten Zeiten“ soll die Eigenkapitalquote dann vermindert werden dürfen. Die Bilanzbewertungsvorschriften sollen ähnlich geregelt werden. Dann müßten also die Abschreibungen (auf die Vermögenswerte von Unternehmen) in guten Jahren größer sein als in schlechten. So einfach also will man es richten. Schauen wir uns an, was unter einfachen betriebswirtschaftlichen Aspekten von dem Vorhaben zu halten ist:

Für alle Bilanz- und Bewertungstheoretiker der Geschichte der Deutschen Betriebswirtschaftslehre stellt der Plan einen geradezu unglaublichen Verstoß gegen alle in den letzten 100 Jahren entwickelten Erkenntnisse dar!

Zum wiederholten Male nach der Vielzahl der Konjunkturprogramme und der direkten Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf (Bankenrettungen) versucht die „Westliche Werteallianz“ durch hektische Bemühungen die globale Krise einzudämmen. An den Anfang der Analyse dieses Versuchs sei eine ganz allgemeine Frage gestellt:

Wenn man sich darüber im Klaren ist, daß die hohe Fremdkapitalquote – die Verschuldungsmöglichkeit der Banken – eine zentrale Ursache der Finanzkrise und damit der Weltwirtschaftskrise ist, wie kann man da mit einer Verringerung der Eigenkapitalquote die Krise bekämpfen wollen?

Doch gehen wir in die Einzelheiten: Zuerst stellt sich natürlich die Frage, wer denn festlegt, ob ein Wirtschaftsjahr gut oder schlecht ist? Danach wird man festlegen müssen, wie gut oder wie schlecht das Wirtschaftsjahr ist. Es dürfte ja auch nicht für alle

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.09, Seite 10.

Volkswirtschaften Europas (oder der Welt) gleich gut oder gleich schlecht sein, wie die Erfahrung zeigt.

Danach müßte eine allgemeine hoheitliche Instanz für alle Volkswirtschaften der Erde vorschreiben, wie hoch die Abschreibung in guten Zeiten und wie niedrig sie in schlechten sein muß. Es geht um exakte Prozentsätze!

Im Prinzip handelt es sich um einen staatlich angeordneten Werteschwindel. Genauer gesagt um eine hoheitliche, überstaatliche, internationale Anordnung, in der Bilanz Werte anzusetzen, die von den effektiven Marktwerten abweichen. Nach herkömmlichem und heute noch geltendem Recht wäre es ein staatlich angeordneter Bilanzbetrug.

Die liberalen Markttheoretiker müßten eigentlich gegen diese Vorstellungen Amok laufen. Verstoßen die Planungen doch gegen die grundlegenden Marktprinzipien, die die Effizienz einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft ausmachen. In guten Zeiten wäre nämlich der wirkliche Wert der Güter (der Marktwert) höher als der Buchwert (in der Bilanz) und in „schlechten Zeiten“ würden die Unternehmen einen höheren Wert (über dem Marktwert) für ihre Güter ansetzen und sich somit besser darstellen als sie in Wirklichkeit sind. Bei einem Verkauf der einzelnen Vermögenswerte oder des ganzen Unternehmens würden sie einen weit geringeren Wert erzielen, als sie in ihren Büchern vorgaukeln.

Kommen wir zu den volkswirtschaftlichen Aspekten der geplanten Gesetzesrevidierung: Die reine Markttheorie lehrt, daß die Preise (Werte) aller Güter und Leistungen in einer Marktwirtschaft die wirklichen Knappheiten widerspiegeln. Wenn nun die Unternehmen per Dekret angewiesen werden, nicht die Marktwerte, sondern die vom internationalen Gremium die für konjunkturpolitisch zweckmäßig erachteten Werte anzusetzen, orientieren sich sämtliche Wirtschaftssubjekte (Unternehmen und Haushalte) an den falschen Werten. Das hat zur Folge, daß die wirkliche Knappheit der Güter nicht mehr an den Preisen abgelesen werden kann. Der Marktmechanismus zeigt dann falsche Knappheitssignale! Die Marktwirtschaft taumelt dann im Nebel falscher Knappheiten (Preise) jener Ineffizienz entgegen, die das Wesensmerkmal sozialistischer Planwirtschaften war.

Das Motiv der neuerlichen hirnlosen Regulierungswut ist die allgemeine Panik der für die Politik und Wirtschaft verantwortlichen Eliten. Jahrzehntlang haben sie der Wirtschaft freien Lauf gelassen in dem kindlichen Glauben, eine unsichtbare Hand werde alles zum Besten richten. Heute erleben wir alle, daß der geglaubte Automatismus es nicht zum Besten gerichtet, sondern schweren Schaden verursacht hat.

Nun sollen neue, in das Wirtschaftsleben eingebaute Automatismen solche Schäden in der Zukunft verhindern. Diese sind so stümperhaft konstruiert, daß man es gar nicht für möglich hält, daß sie von hochqualifizierten und spezialisierten Fachleuten in internationaler Teamarbeit entwickelt worden sind.

Es wird Zeit, diese „Eliten“ abzuberufen. Ganz regulär von freien Völkern in freien Wahlen. Je länger sie an der Macht bleiben, desto größeren Schaden werden sie anrichten.